

Landwirtschaftsfragen im Landtag: Ausschuß.

Der Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses beriet am Dienstag den Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung. Beim Titel „Minister“ brachte ein freikonservativer Abgeordneter Beschwerden aus Schleswig-Holstein über die verschiedene Praxis der einzelnen Mühlen bei der Beanstandung von Getreide vor. Die Staatsregierung erkannte die Berechtigung mancher dieser auch von fortschrittlicher Seite unterstützten Beschwerden an, es sei jedoch schwer, bei allen Mühlen die gleiche Praxis zur Durchführung zu bringen. Ein Zentrumsabgeordneter forderte den Minister auf, dem Flachsbau erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und Moore als Naturdenkmäler zu erhalten. Diesem Antrag stimmte die Fortschrittliche Volkspartei zu in dem Sinne, daß ganze Moore und nicht bloß einzelne Teile als Naturdenkmäler zu erhalten seien.

Bei den landwirtschaftlichen Lehranstalten gab die Staatsregierung Auskunft über die Frequenz der landwirtschaftlichen Hochschulen in der Kriegszeit. Der Berichterstatter wies auf die Bedeutung der landwirtschaftlichen Mittel- und Fortbildungsschulen und der Wanderhaushaltungsschulen für schulentlassene Mädchen auf dem Lande hin. Der Ausschuß war darin einig, daß diese Schulen nach dem Kriege erhöhte Bedeutung gewinnen würden und daher dringend weiterer Förderung bedürfen. Ein konservativer Abgeordneter regte an, Kriegsbeschädigten den Besuch landwirtschaftlicher Mittelschulen zu ermöglichen.

Es wurden Klagen erhoben über den Mangel an Tierärzten auf dem Lande, die Regierung wurde gebeten, möglichst für Abhilfe zu sorgen. Ein Regierungsvertreter gab eine Uebersicht über den Seuchenstand in Preußen. Es wurde als erfreulich bezeichnet, daß es trotz dem Kriege allgemein gelungen sei, ein Herübergreifen von Seuchen zu verhüten.

Eine längere Aussprache entspann sich über

die Förderung der Viehzucht.

Man wies darauf hin, daß je länger je mehr durch den Krieg auch die Rindviehbestände bedroht erscheinen. Die Regierung wurde gebeten, alles zu tun, was in ihren Kräften liege, um das Durchhalten der Rindviehbestände durch den Krieg zu ermöglichen. Der Minister führte aus, daß die Durchhaltung des Rindviehes natürlich in den vorhandenen Futtermitteln ihre Grenze finde; bis nun sei nur ein Verbot des Schlachtens von hochtragenden Kühen erlassen worden. Der Minister stellte in Aussicht, daß bei dem Mangel an Magervieh, insbesondere für die Weide in Schleswig-Holstein Magervieh aus dem Auslande eingeführt werden solle. Zu dem auf die Hebung der Geflügelzucht bezüglichen Titel stellte die Fortschrittliche Volkspartei folgenden Antrag:

Die Staatsregierung aufzufordern, mit tunlichster Beschleunigung eine planmäßige Förderung der Geflügelzucht in die Wege zu leiten, insbesondere

1. durch Verträge und aufklärende Schriften das Interesse für die Geflügelzucht, besonders in der ländlichen Bevölkerung zu heben,
 2. in jeder Provinz im Anschluß an einen Mustergeflügelhof zunächst eine Lehranstalt für Geflügelzucht einzurichten und in den Lehrplan der ländlichen Haushaltungs- und Volkshochschulen die Geflügelzucht als Lehrgegenstand aufzunehmen,
 3. die genossenschaftliche Verwertung von Eiern und Schlachtgeflügel tunlichst im Anschluß an Geflügelzuchtvereine und Genossenschaftsmeiereien zu fördern und dabei die Stempelung der Inlandseier sowie den Verkauf von Eiern und Geflügel nach Gewicht in Erwägung zu ziehen,
 4. die Rassegelügelzucht durch Förderung und Unterstützung der Geflügelzuchtvereine und ihrer Ausstellungen zu heben.
- Der Ausschuß einigte sich nach längerer Beratung dahin, die Staatsregierung aufzufordern, die Geflügelzucht mit allen nach den Zeitläuften gebotenen Mitteln zu fördern.

Bei Kapitel 105, Förderung der Fischerei, wurde auf die Notwendigkeit der Einrichtung von Fischereihäfen an der Ostsee und der Schaffung von Fischereiverwertungsgenossenschaften hingewiesen sowie die Schädigung der Fischerei durch Verunreinigung der Ströme zur Sprache gebracht. — Der Berichterstatter führte aus, daß in der Landesmelioration und Moorkultur während des Krieges erfreuliche Fortschritte gemacht seien. 319 Genossenschaften seien gegründet worden, die 107 000 Hektar Land in Kultivierung genommen und reichlich 14 000 Hektar bereits fertiggestellt hätten. Auch Privatbesitzer haben große Mengen von Niedlandereien in Angriff genommen. Die weiteren Arbeiten auf diesem Gebiet werden allerdings dadurch etwas behindert, daß die Gefangenen, die dafür zuerst in Aussicht genommen waren, jetzt in weitgehendem Umfang anderweitige Beschäftigung finden.

Bei den die Förderung des Obst-, Wein- und Gartenbaues betreffenden Kapiteln wurde auf die Bedeutung dieser Zweige der Landwirtschaft hingewiesen und ihre Förderung verlangt. Der Berichterstatter legte dar, daß es bei dem Mangel an Blechen für die Konservenfabriken wünschenswert sei, zur Erhaltung des Gemüses für die Volksernährung Vorratskassen unter Hergabe von Staatsdarlehen einzurichten. — Damit war der ordentliche Etat erledigt. Beim außerordentlichen Etat wurde lediglich die Herabsetzung des Titels „Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den westlichen Provinzen“ zur Sprache gebracht. Der Minister führte aus, daß bei dem Mangel an Arbeitskräften dieser Fonds tatsächlich nicht voll zur Verwendung gelangen könnte. Der Ausschuß beschloß, die Staatsregierung aufzufordern, im Etat für 1917 eine Erhöhung dieses Fonds auf den alten Stand eintreten zu lassen.

Am Mittwoch abend berät der Ausschuß über Mittelstandsfragen, Kriegshilfskassen usw., am Donnerstag über den Domänen- und Forstetat. Der Ausschuß will mit der Beratung des Etats Mitte März fertig werden.